

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Abfallwirtschaft
Sitzungsdatum: 16.11.1995
Vorlagennummer: 1848/095

Betreff: Fortschreibung des Umweltschutz-Programms 1984

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der in der Ausschusssitzung vom 27.06.1995 vorgelegten Beschreibung der Schwerpunkte „Energie und Umwelt“ und „Verkehr und Umwelt“ konkrete Maßnahmenvorschläge auszuarbeiten:

Energie und Umwelt

- energiesparender Wohnungsneubau
- Energieeinsparungen im privaten und städtischen Gebäudebestand
- Stromeinsparungen bei den Verbrauchern

Verkehr und Umwelt

- Ermittlung und Beschreibung der kleinräumigen Belastungsfaktoren für Mensch und Umwelt aus dem Straßenverkehr durch Abgase und Lärm.
- Entwicklung von Lösungsvorschlägen zur Reduzierung der Luft- und Lärmbelastung im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes, Güterverkehrskonzeptes, P&R und B&R Konzeptes, sowie des ÖPNV-Konzeptes.

Die im Hoch- und Wohnungsbauausschuss gefassten Beschlüsse zur Ausarbeitung eines „CO₂-Minderungskonzeptes für die Stadt Köln“ sind einzubeziehen.

Die erforderlichen Ressourcen sollen organisatorisch für die Zeit der Umsetzung gebündelt werden.

Sachstand:

- Aktivitäten im Handlungsschwerpunkt '**Energie und Umwelt**'

Als Schwerpunkt der Aktivitäten im Aufgabenbereich "Energiesparender Wohnungsneubau" wurde das NRW-Förderprojekt "(Städtebaulich) Planen mit der Sonne" weiter umgesetzt. Ziel des bis Ende 2009 laufenden und zu über 95 % vom Land finanzierten Projektes ist es, die Städte und Gemeinden des Landes NRW in die Lage zu versetzen, ihre städtebaulichen Planungen von Anfang an solar+energetisch zu optimieren und die daraus resultierenden Vorteile (gute Besonnung und Belichtung sowie Energieeinsparung) für die Bewohner nutzbar zu machen. Die praktische Umsetzung der solar+energetischen Analyse und Optimierung der Stadtplanung erfolgt mit Hilfe des städtebaulichen Energiesimulationsprogramm GOSOL-NRW. Das hierfür über eine NRW-Landeslizenz angebotene Nutzungsrecht wurde bisher bereits von über vierzig Städten, Gemeinden und Hochschulen in NRW erworben.

Projektschwerpunkt des zurückliegenden Halbjahres war die Entwicklung einer Marketingkampagne (CD-Rom mit Film und Printmedien) zu den positiven Effekten von "(Städtebaulich) Planen mit der Sonne" für die Zielgruppe der Investoren, Projektentwickler und Bauträger, die durch ihre größere Nähe zu den Käufern / Mietern stärker

von den positiven Effekten eines solarenergetisch optimierten Städtebaus profitieren können als die Kommunen. Darüber hinaus wird auch noch eine Webseite erstellt, die sich zusätzlich auch an die Bauherren und Bewohner sowie Städte und Gemeinden richtet, und das 1998 veröffentlichte Kompendium "Planen mit der Sonne – Arbeits-hilfen für den Städtebau" grundlegend überarbeitet und neu gestaltet.

Im Aufgabenbereich "Energieeinsparung im privaten Gebäudebestand" wurde weiterhin die Broschüre "Gebäudesanierung mit Gewinn – Energieeffiziente Modernisierung schafft viele Vorteile" über die Bürgerämter an Kölner Hausbesitzer und Vermieter verteilt. Mit ihr wird dafür geworben, ohnehin anstehende Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen besonders energiesparend auszuführen und so mit wirtschaftlichen Maßnahmen den Heizwärmebedarf bzw. die CO₂-Emissionen in Köln zu senken.

- **Aktivitäten im Bereich 'Verkehr und Umwelt'**

Die Umweltzone wurde zum 1.1.2008 eingerichtet. Die öffentlichen Rückmeldungen zur Umsetzung des Kommunikationskonzeptes sind gut. Die Menschen fühlen sich informiert und die Kritik reduziert sich auf Einzelfälle.

Von den bisher etwa 7500 gestellten „Ausnahmeanträgen“ erwiesen sich ca. 50% als überflüssig, weil die Fahrzeuge plakettenfähig sind. Seit dem 1.4.2008 werden die unzulässig einfahrenden Fahrzeuge mit einem Bußgeld von 40 € und 1 Punkt in der Verkehrssünder Datei belegt. Erste Schwerpunktkontrollen fanden statt.

Der erste Teilabschnitt „Umweltmonitoring“ im Projekt „umweltbasierte Lichtsignalanlagensteuerung“ für den rechtsrheinischen Teil der Umweltzone ist im Vergabeverfahren und wird so rasch wie möglich eingerichtet.

Da alternative Kraftstoffe inzwischen in ihrer ganzheitlichen Auswirkung sehr kontrovers diskutiert werden, kommen diese als Alternative in Köln nicht in Betracht. Mit der KVB wurden Gespräche zur Einführung von Diesel-Hybridbussen für Köln geführt, die Finanzierung zur Durchführung eines Pilotversuchs in Köln wird derzeit geprüft.

Die Lärmkartierungen im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung Köln konnten im August 2008 abgeschlossen werden. Der vollständige Abschluss der Kartierungen der Schienenwege des Bundes durch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) erfolgte für das Kölner Stadtgebiet erst Ende 2008.

Da die Kartierungen die entscheidende Basis für die Lärmaktionsplanung darstellen, werden in Köln wie auch bei den meisten anderen Ballungsräumen in NRW die Arbeiten hierzu jetzt begonnen bzw. durchgeführt.

Nachdem eine stadtinterne Arbeitsgruppe zur Lärmaktionsplanung eingerichtet wurde, erfolgt momentan eine Ausschreibung zur Analyse der Belastungssituation und Ermittlung von Belastungsschwerpunkten (Hot Spots) sowie für die Erarbeitung eines strategischen Konzeptes. Ab Auftragsvergabe ist ein Bearbeitungszeitraum von 3 Monaten vorgesehen. Erst im Anschluss an diese Arbeiten können die Prozesse der Maßnahmenabstimmung, der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Erstellung eines durch den Rat abschließend zu beschließenden Lärmaktionsplanes angegangen werden. Maßgeblich für diese Arbeiten werden die Vorgaben aus dem, Runderlass vom 07.02.2008 „Lärmaktionsplanung“ des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV) sein, der mit Datum

vom 14.03.2008 veröffentlicht wurde.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Grün
Sitzungsdatum: 11.03.2004
Vorlagennummer: 0185/004

Betreff: Naturschutzgebiet Mutzbach

Beschluss:

Der Ausschuss Umweltschutz und Grün beschließt:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, zum Schutz des oberen Mutzbaches das vorhandene Naturschutzgebiet parallel zu den beschlossenen Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung in beide Richtungen zu verbreitern.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die beiden Naturschutzgebiete Mutzbach und Thielenbruch zu einem Biotopverbund in einem einzigen vergrößerten Naturschutzgebiet entwickelt werden können.

Sachstand:

Die Verwaltung beabsichtigt, im Bereich der bestehenden Naturschutzgebiet Mutzbach und Thielenbruch weitere Flächen unter Naturschutz zu stellen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen hat auf die Bedeutung dieser Verbindungs- und Pufferflächen im Rahmen des Biotopverbundes hingewiesen.

Über Details der Naturschutzfestsetzung wird im förmlichen Verfahren zur Änderung des Landschaftsplans entschieden. Es liegt kein neuer Sachstand vor.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün befürwortet die weitere Berichterstattung zum Naturschutzgebiet Mutzbach. Erst bei Änderung des Flächennutzungs- bzw. Landschaftsplanes soll der Beschluss als erledigt betrachtet werden.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 01.09.2005
Vorlagennummer: 1027/005

Betreff: Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsformen bei der Stadt Köln

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Neuanschaffung von Kraftfahrzeugen durch alternative Angebotseinholung bzw. Ausschreibung, zu prüfen, ob Neufahrzeuge (PKW und LKW) – unter Berücksichtigung von möglichen Förderungen - wirtschaftlich auch mit Gasantrieb bzw. bivalentem Antrieb (Gas/Benzin-Antrieb) oder Biotreibstoffen beschafft werden können.
Falls die Prüfung sich als wirtschaftlich erweist, soll eine entsprechende Anschaffung erfolgen. Im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist darüber zu berichten.
2. Die Verwaltung soll weiterhin Verhandlungen mit den stadtbeteiligten Gesellschaften aufnehmen, um zu erreichen, dass auch dortige Kraftfahrzeuge zukünftig als erdgasbetriebene oder mit Biotreibstoffen betriebene Fahrzeuge beschafft werden.
3. Weiterhin soll geprüft werden, ob eine Umrüstung im Einsatz befindlicher Fahrzeuge auf alternative Antriebsformen technisch und – auch unter Berücksichtigung von möglichen Förderungen - betriebswirtschaftlich lohnenswert ist.

Sachstand:

Die Diskussion mit den stadtnahen Gesellschaften ist noch nicht abgeschlossen.

Durch die aktuellen Diskussionen um die Nachhaltigkeit und Sinnhaftigkeit für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Treibstoff müssen mögliche alternative Konzepte neu überdacht werden. Nur wenn sichergestellt ist, dass nur heimische Pflanzen, die keine unmittelbare Konkurrenz zu Agrarprodukten haben, die im Bereich der Nahrungsmittelproduktion zum Einsatz kommen, ist zu vertreten, dass diese als alternative Treibstoffe oder auch als Energieträger zur Wärme und Stromversorgung verwendet werden. Besonders wichtig ist, dass keine tropischen Primärwälder eingeschlagen werden um Pflanzen zu Pflanzenöl, Biodiesel oder Bioäthanolproduktion anzubauen.

Die Verwaltung legt Wert darauf, dass diese ganzheitlichen Gesichtspunkte in der Diskussion und Entscheidung berücksichtigt werden, auch wenn dies eine weitere Verzögerung zur Folge hat.

Seitens der KVB gibt es einen Umrüstungsplan, die Busflotte bis Ende 2009 auf emissionsärmere Technik mit Ad-Blue-Technologie zur Vermeidung von Stickoxiden und mit CRT-Filtern zur Vermeidung von Feinstaub umzustellen. Der Einsatz alternativer Kraftstoffe ist derzeit nicht vorgesehen.

Im Hinblick auf eine Senkung des Kraftstoffverbrauchs und der damit verbundenen

CO₂ und Schadstoffemissionen wird die Diesel/ Hybridtechnik favorisiert. Derzeit werden die Erfahrungen anderer Pilotversuche ausgewertet und erste Gespräche mit Diesel/Hybridbusanbietern geführt. Kein neuer Sachstand.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 01.06.2006
Vorlagennummer: 0771/006

Betreff: Aufbau eines Altstandortkatasters

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das gesamte Stadtgebiet eine systematische Erfassung aller ehemals gewerblichen oder militärisch genutzten Flächen (Altstandorte) durchzuführen. Im Sinne einer strategischen Flächenplanung sollen hierbei auch Flächen berücksichtigt werden, die derzeit minder genutzt sind.

In einem nächsten Schritt sollen diese Flächendaten mit relevanten Daten aus den Bereichen Artenschutz und Immissionsschutz angereichert werden mit dem Ziel, die gesamten Informationen für Investoren und Bauherren zugänglich zu machen.

Ziel eines solchen Katasters ist auch, Flächen zu identifizieren, die für eine Vervollständigung oder Vernetzung bestehender Grünflächen genutzt werden können.

Daneben ist auch den Wert der jeweiligen Fläche nach Köln-Code (Berechnungsmethode nach Sporbeck/Ludwig) zu ermitteln und im Kataster zu erfassen, um so dem Investor eine Möglichkeit zu geben, abzuschätzen, was an Ausgleich vorgenommen werden müsse.

Die Verwaltung wird aufgefordert, spätestens nach der Sommerpause ein entsprechendes Konzept ggf. mit Zeit-/ Maßnahmeplan zum Aufbau dieses Altstandortkatasters vorzulegen.

Sachstand:

Die Konzeption zur systematischen Erfassung von ehemals gewerblich oder militärisch genutzten Flächen wurde dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün am 13.09.2007 vorgelegt und dort zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Mittel wurden zwischenzeitlich im Haushalt für die Jahre 2008 bis 2012 eingestellt. Die Maßnahmen zur Umsetzung des Konzeptes werden nun umgehend veranlasst.

Als erste Maßnahme zur Umsetzung des Konzeptes wurde ein Pilotgebiet ausgewählt. Hier sollen Erfahrungen im Umgang mit Daten der verschiedenen Sachgebiete (Atlanten, Artenschutz, Immissionsschutz, Realnutzung) gesammelt werden. Zurzeit läuft für das Pilotgebiet die Ausschreibung von Gutachterleistungen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 03.05.2007
Vorlagennummer: A/0160/007

Betreff: CO₂ – Bilanz für Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine CO₂-Bilanz für Köln zu erstellen,
2. unter Berücksichtigung der aktuellen Klimaschutzstrategien anderer Großstädte erste grundlegende Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept zu entwickeln.

Sachstand:

Mit der Mitteilung vom 12.06.2008 wurde die erste CO₂Grobbilanz für Köln vorgestellt. Dabei wurde auf die bestehenden Unschärfen und Probleme im Programm ECO-Regio hingewiesen. Eine weitere Detaillierung der CO₂-Bilanz für Köln ist in Arbeit.

Erste Kriterien für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes wurden in der Juni-Sitzung vorgestellt. Weitere Ergebnisse und ein Ausblick über das weitere Vorgehen und zu einem Zeit-Maßnahmen-Plan werden in der Augustsitzung vorgelegt. Die Entwicklung des Konzeptes ist stark von der Verfügbarkeit der Ressourcen für diese Aufgabe abhängig. Dies gilt für den formulierten Personalzusatz wie auch für den praktischen Ablauf des Stellenbesetzungsverfahrens in der Verwaltung, aber auch für die Einbindung externer Gutachter und Unterstützungsbüros.

Erste grundlegende Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept wurden dem Ausschuss mit der Vorlage vom 16.09.2008 zur Kenntnis gebracht. Eine differenzierte CO₂-Bilanz für einzelne Teilbereiche und Branchen wird in 2009 erarbeitet.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 13.09.2007
Vorlagennummer: A/0056/007, A/0122/007, AN/0163/2007

Betreff: Städtische Altdeponien an AVG übertragen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, statt der geforderten Betriebsüberlassung städtischer Altdeponien an die AVG, gemeinsam mit der AVG Möglichkeiten einer Kooperation **soweit rechtlich möglich** auf diesem Gebiet zwischen der Stadt Köln und der AVG zu prüfen.

Sachstand:

Die Prüfung ist abgeschlossen.
Eine Vorstellung des Prüfergebnisses ist im September 2008 erfolgt. Die Mitteilung schließt mit dem Fazit, dass eine Kooperation zwischen der Stadt Köln und der AVG aus inhaltlichen und vergaberechtlichen Gründen derzeit nicht opportun erscheint. Synergieeffekte sind im Verhältnis zum Aufwand für beide Seiten nicht erkennbar.
Der Beschluss ist damit umgesetzt worden.